

ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

36. hét

2018.09.03.

ZUSAMMENFASSUNG

- Der Arbeitskräftemangel ist in der jüngeren Vergangenheit zum gemeinsamen Problem der Volkswirtschaften Mitteleuropas geworden, dessen Bewältigung in den folgenden Jahren aus dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums entscheidende Priorität erlangen wird. Die Problemlösung wird in den einzelnen Ländern nach divergierenden Prinzipien angegangen, wobei Ungarn bestrebt ist, seinen Arbeitskräftemangel in erster Linie gestützt auf die inneren Ressourcen zu reduzieren.
- Nach dem Treffen von Viktor Orbán und Matteo Salvini in der vergangenen Woche hat sich die europäische Politik belebt. Die Schlüsselfrage ihres Gesprächs war gegeben, denn die Stärkung eines effizienten Auftretens der Nationalstaaten gegen die Migration besitzt für beide Politiker oberste Priorität.
- Die Vorschläge des LMP-Abgeordneten Péter Ungár, wie eine alternative Politik gestaltet werden könnte, interpretierten mehrere Oppositionspolitiker als ein Zeichen, sich den Regierungsparteien zu ergeben. Die Zielstellung des Politikers lautet nach eigener Überzeugung, die LMP auf den richtigen Weg zurückzubringen, wobei er teilweise der durch den Co-Vorsitzenden der Partei entworfenen Konzeption widersprach.
- Das Gesetz über die Regelung der Einwanderungs-Sondersteuer ist in Kraft getreten. Diese Maßnahme schlug sowohl in der Innenpolitik als auch international große Wellen; auch die Europäische Kommission wird prüfen, inwieweit die Rechtsnorm im Einklang mit dem Gemeinschaftsrecht steht.
- Während das Gastrassenprojekt South Stream von den neuen Sanktionen der Vereinigten Staaten von Amerika ausgenommen wurde, könnte der Standpunkt der USA im Falle von Nord Stream 2 anders ausfallen. Grundlegend liegt die Ausweitung der Bezugsquellen für die Energieträger im eigenen Interesse aller Staaten, in diesem Fall kreuzen sich jedoch möglicherweise die Bestrebungen der Großmächte. Das von der ungarischen Regierung verfolgte, eine Diversifizierung anstrebende Grundprinzip gilt weltweit als akzeptierter Standpunkt.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

DAS PROBLEM DES ARBEITSKRÄFTEMANGELS BERÜHRT GANZ MITTELEUROPA

Die Prozesse an den Arbeitsmärkten der Slowakei, Rumäniens, Polens, Tschechiens und Ungarns bewegen sich in die gleiche Richtung. Im Zuge der sinkenden Arbeitslosigkeit wird die Bewältigung des Arbeitskräftemangels für die systematisch wachsenden Volkswirtschaften zu einem Kernproblem.

Infolge der Kontinuität der gegenwärtig zu beobachtenden wirtschaftspolitischen Prozesse darf mit keinen drastischen Veränderungen gerechnet werden: Der Rückgang der arbeitsfähigen Bevölkerung führt bei einem auf diesem Niveau anhaltenden Wirtschaftswachstum zu einem systematisch anschwellenden Defizit an Arbeitskräften. Ein grundlegendes Problem stellt die schwache Tendenz beim Abbau der Lohnunterschiede innerhalb der Europäischen Union dar, was in einzelnen Staaten Mitteleuropas zu einer schwerwiegenden Abwanderung von Arbeitskräften führt. Aus diesem Grund lässt sich in der Region Mitteleuropas auf lange Sicht ein auf billigen Arbeitskräften basierendes Wirtschaftsmodell nicht mehr aufrechterhalten.

Die ungarische Regierung ist bemüht, der Problematik des Arbeitskräftemangels beizukommen, indem sie inaktive Schichten in den Arbeitsmarkt integriert. Unter anderem diesen Bemühungen ist zu verdanken, dass die Erwerbslosenquote auf 3,6 Prozent ein Rekordtief erreicht hat, was gleichzeitig aber auch bedeutet, dass hier noch Spielraum vorhanden ist. Die Zielstellung des jüngst verkündeten Arbeitsmarktprogramms lautet in diesem Sinne, weitere fünfzigtausend Arbeitnehmer auf den primären Arbeitsmarkt zu führen. Ein weiteres Instrument zur Bewältigung dieses Problems besteht darin, Arbeitskräfte im Zuge von Umschulungsprogrammen in strategisch relevante Segmente umzuleiten.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

VIKTOR ORBÁN KONSULTIERTE SICH MIT DEM ITALIENISCHEN INNENMINISTER MATTEO SALVINI

Der Sommerurlaub des Ministerpräsidenten fand in der vergangenen Woche auch offiziell sein Ende. Nicht von ungefähr traf der ungarische Regierungschef im Anschluss an diese Pause zuerst mit dem

vielleicht einflussreichsten Führer des durch die illegale Einwanderung am schwersten betroffenen europäischen Landes zusammen.

Thema und Zeitpunkt der Unterredung passen sich sehr gut in die ungarische außenpolitische Strategie der vergangenen Jahre ein, wonach all jene Treffen, bei denen sich – wenn auch nicht in allen Fragen, so doch längs gewisser Themen – Möglichkeiten für einen pragmatischen und offenen Dialog bieten, mit der Geltendmachung der nationalen Interessen in Einklang gebracht werden können. Die Interessengemeinschaft der ungarischen und der italienischen Seite ergibt sich im vorliegenden Fall hauptsächlich aus der ähnlichen Beurteilung der illegalen Einwanderung. In Verbindung mit der Fünf-Sterne-Bewegung, also dem Koalitionspartner Salvinis, zeigen sich bereits Differenzen in der Hinsicht, wie mit den Migranten verfahren werden sollte, die illegal Grenzen überschreiten, um auf diese Weise nach Europa zu gelangen. Eine auf der Verteilung der Einwanderer basierende Quotenregelung hätte wegen der hohen Zahl der sich auf dem Territorium Italiens aufhaltenden Flüchtlinge und Migranten den italienischen Interessen entsprochen, doch ließ sich ausgehend vom Widerstand der Nationalstaaten keine gesamteuropäische Lösung finden.

Die Sicherstellung einer intensiveren Überwachung der Hauptmigrationsrouten und deren Unterstützung durch andere Mitgliedstaaten erscheint im Vergleich zu den Quotenregelungen als eher gangbarer Weg. Damit lässt sich zum einen ein nachlassender Migrationsdruck herbeiführen, während andererseits neue politische Bündnisse entstehen können. Im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament trägt der jetzige Besuch des ungarischen Regierungschefs denn auch mehrere Botschaften: Zum einen sieht der Fidesz – wie das der ungarische Ministerpräsident wiederholt betonte – seine Zukunft in den Reihen der Europäischen Volkspartei, aus der die ungarische Regierungspartei nicht aus freien Stücken ausscheiden möchte, zum anderen hat Viktor Orbán seine Unterstützung und Offenheit gegenüber jenen politischen Kräften zum Ausdruck gebracht, die auf einer einwanderungsfeindlichen und nationalstaatlichen Basis stehen. Die Verbundenheit mit der Europäischen Volkspartei untermauernd reiste der das Ministerpräsidentenamt leitende Minister Gergely Gulyás im Anschluss an das Treffen Orbán-Salvini nach Berlin, wo er sich mit dem CDU-Generalsekretär abstimmte und sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen Fidesz und CDU beziehungsweise für ein geschlossenes Auftreten dieser beiden Parteien bei den Europawahlen im kommenden Jahr stark machte. Dieser Annäherungsversuch könnte dann wirkungsvolle politische Ergebnisse bringen, wenn im Anschluss an die Wahlen zum Europaparlament im kommenden Jahr

europäische Institutionen von einer Zusammensetzung entstehen, in denen jene politischen Kräfte in die Mehrheit gelangen, welche die nationalstaatlichen Lösungen in den Vordergrund rücken.

Die Zukunft der Europäischen Volkspartei werden ebenso wie die Entwicklung sämtlicher europapolitischer Fragen die Kräfteverhältnisse in dem nach der Wahl vom kommenden Jahr neu zusammentretenden Europaparlament bestimmen. Viel hängt von der Strategie Emmanuel Macrons und davon ab, wie die einwanderungsfeindlichen, in den Leitmedien als populistisch bezeichneten politischen Formationen abschneiden werden. Auf jeden Fall ist es nur schwer auszudenken, dass die EVP im Falle eines knappen Wahlausgangs nicht auf jene 12-13 Europaabgeordneten angewiesen wäre, die der Fidesz laut Meinungsumfragen delegieren dürfte.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

PÉTER UNGÁR SCHRIEB ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT EINES VERANTWORTUNGSBEWUSSTEN POLITISIERENS DER OPPOSITION

Während Péter Ungár als Mitglied der Jugendorganisation der LMP und Mehrheitseigner des Portals Azonnali.hu einen Artikel auf seiner Website veröffentlichte, in dem er die politischen Handlungen der Mainstream-Opposition durchdachte, unterbreitete er zugleich alternative Lösungsvorschläge für eine Neupositionierung der LMP.

Ungár drängte in seinem Beitrag unter anderem in Anspielung auf die moralisierende Rolle der Opposition darauf, den sog. Zusammenschluss-Zwang zurückzuweisen, entschieden für eine Globalisierungskritik einzutreten sowie die Richtigkeit der Migrationspolitik der Regierung anzuerkennen. In Verbindung mit der Einwanderung hatte zuvor bereits der Parteivorsitzende László Lóránt Keresztes eine aktivere Positionierung zu diesem Thema als Anspruch formuliert. Darüber hinausgehend lassen sich freilich kaum gemeinsame Punkte in den Vorstellungen von Péter Ungár und László Lóránt Keresztes finden.

So zeigt sich ein grundsätzlicher Unterschied in dem Standpunkt, welchen die beiden Politiker in der Frage eines Zusammenschlusses der politischen Opposition vertreten. In der Sichtweise des Parteivorsitzenden könnte Bedarf für ein koordiniertes Auftreten zwischen Jobbik und LMP bei den nächsten Wahlen bestehen, während Péter Ungár die Ausgestaltung eines eigenständigen Charakters befürworten würde, anstatt ständig eine als moralische Verpflichtung aufgefasste Zusammenarbeit

aufzuwärmen. Eine Konsequenz dieser Meinungsverschiedenheiten könnte darin bestehen, dass innerhalb der LMP ein Ringen um vergrößerten Einfluss und Macht einsetzen könnte, welches sich in die Länge ziehen dürfte. In diesem Zusammenhang erklärte der frühere Együtt-Abgeordnete Szabolcs Szabó, der heute für die LMP im Parlament sitzt, er bleibe nur in jenem Fall Angehöriger der Fraktion der Grünen, wenn die Partei ihre wegen der gegenseitigen Rücktritte im Vorfeld der Parlamentswahlen abgestraften Politiker rehabilitiere. Eine weitere offene Frage bleibt, ob es im Interesse eines berechenbaren und stabileren Betriebs der operativen Leitung der Partei notwendig ist, das System der Co-Vorsitzenden beizubehalten. Sollte die Mitgliedschaft einer eventuellen Modifizierung zustimmen, könnte dies in den folgenden Monaten dazu führen, dass auch die basisdemokratische Funktionsweise der LMP einer Überprüfung unterzogen wird.

DIE BESTIMMUNGEN DER EINWANDERUNGS-SONDERSTEUER SIND IN KRAFT GETRETEN

Die Einführung der physischen und juristischen Grenzschießung war die in den vergangenen Jahren bekannteste Maßnahme der ungarischen Regierung, um die illegale Einwanderung zum Stillstand zu bringen. Die in diesem Jahr eingeführte Einwanderungs-Sondersteuer muss auf die Unterstützung von die Einwanderung fördernden Tätigkeiten gezahlt werden. Die Europäische Kommission prüft derzeit die Frage, inwieweit sich die Bestimmungen dieser Rechtsnorm mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbaren lassen.

Die Sondersteuer muss durch jene Organisationen entrichtet werden, welche besagte Unterstützungen gewähren; die Höhe der Steuer beträgt 25 Prozent. In der offiziellen Begründung zur Einführung der Sondersteuer heißt es, die Ausgaben zur Abwehr der illegalen Einwanderung hätten dem ungarischen Staatshaushalt zusätzliche Aufwendungen verursacht, aus welchem Grunde Organisationen, die diesen Prozess unterstützen, in dieser Form zu den gemeinsamen Lasten beitragen sollen.

In Verbindung mit dieser Maßnahme muss die erste Steuererklärung in Bezug auf die Einwanderungs-Sondersteuer durch die betreffenden Organisationen am 15. September eingereicht werden. Im Zuge der neuen Steuerform setzte unter anderem die CEU ihr Weiterbildungsprogramm für Flüchtlinge aus, während sich die Organisation „Migration Aid“ vermutlich aus Gründen der Steuervermeidung zur Partei deklariert, unter dem Namen „Nachtwache“ (Éjjeli Őrség).

PROGNOSE

UNGARNS ZIEL IST EINE DIVERSIFIZIERUNG IM ENERGIESEKTOR

Die neue Gaspipeline Nord Stream 2 auf einer Länge von 1.200 Kilometern könnte unter die demnächst zur Einführung gelangenden Sanktionen des Weißen Hauses fallen. Die Sanktionierung dieses Projekts wäre schon deshalb interessant, weil die Vereinigten Staaten zuvor beispielsweise den Bau der Gaspipeline South Stream als Ausnahme von den gegenüber dem Iran eingeführten Sanktionen definierten.

Laut einer Stellungnahme der LMP aus der vorigen Woche in Bezug auf die einheimische Gasversorgung müsse verhindert werden, dass die Aktivitäten Russlands in dem Bestreben einer europäischen Einflussnahme weiter erstarken können. Die Oppositionspartei betrachtet die Gaspipeline Nord Stream 2 als das Trojanische Pferd Putins. Mit der zusätzlichen Gaspipeline wird der bereits am Boden der Ostsee verlegte Nord Stream in Richtung der Stadt Greifswald in Deutschland für rund 9,5 Milliarden Euro mit einer Förderkapazität von jährlich 55 Milliarden Kubikmetern ausgeweitet.

In Beantwortung der Anfrage der LMP präsentierte der parlamentarische Staatssekretär des Ministeriums für Außenwirtschaft und Auswärtiges, Levente Magyar, den Standpunkt der ungarischen Regierung auf dem Gebiet energiepolitischer Fragen. Zunächst einmal verurteilte er das zweierlei Maß, welches die Europäische Union in Verbindung mit Energieprojekten anlege, zweitens sagte er, dass „die ungarische Regierung jede sich bietende Möglichkeit überprüft, mit der innerhalb einer absehbaren Zeit, zu wettbewerbsfähigen Preisen sowie unter Verwirklichung der Diversifizierung von Quellen und Transportwegen auf regionaler und Gemeinschaftsebene die langfristige Energieversorgungssicherheit des Landes erhöht werden kann“. Diese als Standpunkt der ungarischen Regierung aufzufassende Stellungnahme bezieht somit nicht entschieden Position in der Angelegenheit der Gaspipeline Nord Stream. In diesem Sinne erscheint die Kritik der LMP nicht eben fundiert. Einwände gegenüber besagtem Projekt erstarken immer wieder von Zeit zu Zeit, weil diese Transportrouten unter Umgehung der Ukraine und Polens errichtet werden.